

## **Positionspapier der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in der SPD-Bundestagsfraktion zum Grünbuch über die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik**

Die Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in der SPD-Bundestagsfraktion begrüßt die Anstrengungen der Kommission zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP). Es ist der richtige Weg, ein Analyse- und Konsultationsverfahren zu beginnen und ein für alle Interessierten offenes Mitwirkungsverfahren zu wählen, um das bestmögliche Ergebnis zu erreichen. Wir hoffen, dass sich möglichst viele Stakeholder an dem Konsultationsverfahren beteiligen, damit die Kommission ein möglichst umfassendes Bild von der aktuellen Situation und zum Grünbuch bekommt, bevor sie einen Entwurf für eine Verordnung erarbeitet.

### **1. Bisherige Erfolge der GFP**

- Die Verankerung des Grundsatzes der Nachhaltigkeit in der Fischereipolitik mit dem Ziel des höchstmöglichen Dauerertrages,
- die Verankerung von Vorsorge- und Ökosystemansatz,
- die Einführung von Bewirtschaftungs- und Wiederaufbauplänen, die bei verschiedenen Beständen wie Nordsee-Kabeljau, Scholle und östlichem Dorsch bereits ihre Wirksamkeit zeigen konnten,
- die Einrichtung der regionalen Beratungsgremien,
- die Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Fischerei (IUU-Verordnung).

### **2. Erhalt der Grundpfeiler der GFP – relative Stabilität, nationale Quoten**

Die nationalen Quoten und die Verteilung der Quoten auf der Grundlage der relativen Stabilität sind die Grundpfeiler der Gemeinsamen Fischereipolitik.

Sie haben seit 1983 eine stabile Verteilung der Quoten ermöglicht.

Gleichzeitig ermöglichte das Tauschsystem allen Beteiligten die notwendige Flexibilität, wenn sie kurzfristig Quoten benötigten.

Wir plädieren deshalb unbedingt für den Erhalt nationaler Quoten und der relativen Stabilität.

Eine Abschaffung der relativen Stabilität würde Deutschland für die in der Vergangenheit getanen Anstrengungen zu Flottenverkleinerung bestrafen. Deutschland würde bei einer Anpassung der Fangmöglichkeiten an die vorhandenen Kapazitäten sehr viel verlieren, da in den vergangenen 20 Jahren die deutsche Flotte bereits stark verkleinert wurde. Andere Mitgliedstaaten hingegen verfügen noch immer über Überkapazitäten.

### **3. Abbau von Flottenüberkapazitäten**

Auch wir sind der Meinung, dass innerhalb der Gemeinschaft eine zu große Flotte an Fischereifahrzeugen existiert.

Gleichwohl gibt es keine EU-, sondern lediglich nationale Flotten. Deutschland hat in vergangenen 15 Jahren seine Flotte massiv verkleinert. Wie die Situation in anderen Mitgliedstaaten aussieht, können wir nicht beurteilen.

Wenn die Kommission aber der Meinung ist, dass die Flotten zu groß sind, muss sie auch benennen, von welchen Flotten sie spricht.

Diese Überkapazitäten gilt es dann gezielt abzubauen. Die Kommission kann nicht Mitgliedstaaten bestrafen, die ihre Hausaufgaben bereits erledigt haben.

Das Grundproblem der GFP ist aber nicht allein die übergroße Flotte, sondern auch die mangelnde Durchsetzung der Regeln. Würden Fischerei-Bestimmungen korrekt angewandt und Verstöße abschreckend und flächendeckend sanktioniert, spielte die Größe der Flotte eine untergeordnete Rolle.

#### **4. Erhalt nationaler Quoten, keine handelbaren Rechte auf EU-Ebene**

Die Einführung von handelbaren Fangrechten innerhalb der Industriefischerei<sup>1</sup> lehnen wir ab. Hervorheben möchten wir die Ergebnisse der Studie der Kommission zu handelbaren Rechten<sup>2</sup>. Diese macht die teilweise Inkompatibilität von RBM-Systemen (Systemen handelbarer Rechte) mit den Zielen der GFP deutlich. Deshalb sprechen wir uns gegen die Einführung von RBM-Systemen aus.

Wir haben grundsätzliche Bedenken bei der Einführung von RBM-Systemen. In der Vergangenheit führte bei der Entdeckung neuer Bestände immer wieder die Frage des Referenzzeitraums für die Quotenvergabe eine entscheidende Rolle. Momentan existiert ein komplexes System des Quotentausches, das zum Teil auf Jahrzehnte alten Traditionen beruht. Der Referenzzeitraum für die Vergabe kann nicht auf wenige Jahre beschränkt werden. Die Frage der relativen Stabilität ist eng mit dieser Frage verknüpft.

Die Verteilung der Quoten auf nationaler Ebene und das damit verbundene Quotentauschsystem hat sich bewährt.

Die Einführung handelbarer Quoten wird zu einer Konzentration von Fangrechten in den Händen einiger Unternehmen führen. Kleinere Betriebe können nicht länger mit großen Unternehmen konkurrieren. Diese kleinen Betriebe bilden aber das Rückgrat der Küstenregionen. Wenn diese Betriebe verloren gingen, würde das für viele Regionen den Wegfall erheblicher Möglichkeiten der Wertschöpfung bedeuten.

#### **5. Einführung von Rückwurfverboten und Anlandegeböten**

Maßnahmen zur Vermeidung unerwünschter Beifänge sind in der Vergangenheit zu Recht in den Focus der zu bewältigenden Aufgaben gekommen.

Vor dem Hintergrund eines weltweiten ansteigenden pro-Kopf-Verbrauches an Fisch ist es nicht mehr zeitgemäß und wenig effizient, zum Teil hohe Beifangraten zu haben.

Der Beifang-Anteil ist aber von Fischerei zu Fischerei sehr unterschiedlich. Deshalb kann es keine einheitlichen Regelungen zur Vermeidung unerwünschter Beifänge geben.

Für jede Fischerei gilt es gezielte fangtechnische Maßnahmen zu entwickeln. Auch in Deutschland wurde, wie in anderen MS auch, in der Vergangenheit Forschungskapazität abgebaut und dem Fischereisektor mehr Verantwortung übertragen. Die Entwicklung innovativer Fangtechniken verläuft dadurch unkoordiniert. Zudem können sich nur finanziell starke Betriebe es leisten, neue Netze zu entwickeln und zu testen. Der familiär strukturierten Kutter- und Küstenfischerei fällt das sehr schwer.

Insgesamt muss aber die Forschung deutlich gestärkt werden, da der Sektor diese Aufgabe nicht übernehmen kann.

Wir sprechen uns für die schrittweise **Einführung von Rückwurfverboten in Verbindung mit Anlandegeböten**, analog zum erfolgreichen norwegischen System, aus. Langfristig muss das Ziel darin bestehen, unerwünschte Beifänge zu vermeiden.

---

<sup>1</sup> Unter Industriefischerei ist nicht die Sandaalfischerei zur Fischmehlproduktion zu verstehen.

<sup>2</sup> „An Analysis of existing Rights Based Management (RBM) instruments in Member States and on setting up best practices in the EU“. Studie der Europäischen Kommission, 2009.

Unter diesem Gesichtspunkt erachten wir es für sinnvoll, innovative Maßnahmen zur Beifangreduzierung zuzulassen, auch wenn dadurch der Fischereiaufwand leicht erhöht wird. Ein gutes Beispiel dafür sind von den Betrieben selbst entwickelte Netze, die eine höhere Selektivität aufweisen und Energie einsparen, gleichzeitig aber auch zu einer Verringerung des Schleppwiderstandes führen.

Es ist die einstimmige Position von deutscher Fischerei, Bundes- und Länderministerien sowie Wissenschaft, dass wir die Einführung von Rückwurfverboten und Anlandegebotsen als ein geeignetes Instrument in bestimmten Fischereien ansehen.

Die Rückwurfverbote müssen für die Fischereien eingeführt werden, wo sie Sinn machen. In der Krabbenfischerei allerdings würde ein Rückwurfverbot und Anlandegebotsen keinen Sinn machen, da ein Großteil der zurückgeworfenen Fische überlebt. Diesen überlebensfähigen Fisch durch ein Verbot des Rückwurfes zu töten macht keinen Sinn.

Hervorzuheben ist das im Jahr 2008 durchgeführte Stopp-Discard-Projekt in der Nordsee, dass sehr erfolgreich die Vorteile einer Anlandung des gesamten Fanges aufzeigte.

Ein Rückwurfverbot muss allerdings flankiert werden von technischen Maßnahmen wie Maschenweiten, selektiveren Fanggeräten und einem Wegfall von Mindestanlandegrößen. Weiterhin muss die Vermarktung untermaßiger Fische sichergestellt werden.

Auftretende Probleme bei der Quotenbewirtschaftung ließen sich durch das vorhandene flexible Instrument des Quotentausches lösen, das hat sich in der Vergangenheit gezeigt. Wir halten die Einführung von Rückwurfver- und Anlandegebotsen für eine ambitionierte und erfolgversprechende Maßnahme, die auch von Seiten der Fischer höchste Akzeptanz erfahren würde, und werden uns dafür auf allen Ebenen einsetzen.

## **6. Keine Aufteilung Industriefischerei – handwerkliche Küstenfischerei**

Wir sind ausdrücklich gegen die Aufteilung des Sektors zwischen den Feldern Industriefischerei und handwerkliche Küstenfischerei.

Auch die Küstenfischerei braucht weiterhin ökonomische Anreize, um zukünftig zu bestehen. Ein Herausnehmen der Küstenfischerei aus der Quotenbewirtschaftung würde zu einer „Museums-Fischerei“ führen. Die Folgen für die Küstengebiete wäre eine weitere Abnahme von Verdienstmöglichkeiten in ohnehin strukturschwachen Regionen.

Zudem liegt keine Definition vor, was eigentlich Küstenfischerei ist.

## **7. Fischereimanagement**

Deutschland unterstützt die Einführung des MSY-Prinzips (höchstmöglicher Dauerertrag). Es muss aber deutlich werden, dass hier nicht für jeden einzelnen Bestand ein bestimmter Wert der fischereilichen Sterblichkeit  $F_{msy}$ <sup>3</sup> festgesetzt werden kann, der allzeit gültig ist.

Die verschiedenen Bestandssituationen bedingen sich gegenseitig. Zudem können umwelt- und andere Einflüsse nicht eingerechnet werden.

Deshalb muss der Wert  $F_{msy}$  jährlich festgesetzt werden.

Gleichzeitig sprechen wir uns für die mehrjährige TAC<sup>4</sup>- und Quotenfestsetzung ein. Der Ansatz der Kommission, der Fischerei selbst eine höhere Verantwortung für einen nachhaltige Fischerei zu geben, ist mit Nachdruck zu unterstützen. Die einjährige TAC- und Quotenfestsetzung fördert aber kurzfristiges Denken, da die Quoten in der Regel am Jahresende ausgefischt sein müssen, da sie sonst verfallen. Durch einen mehrjährigen TAC

---

<sup>3</sup>  $F_{msy}$ = Fischereiliche Sterblichkeit MSY

<sup>4</sup> TAC: Total Allowable Catch

könnten Fischer auf schwache Jahrgänge, wie derzeit z. B. beim Kabeljau, reagieren und die Quoten zu geeigneteren Zeitpunkten ausfischen.

Hier ließe sich eine win-win-Situation von Fischern und Fischen schaffen, da Fischer für größere Fische höhere Verkaufspreise Erlösen können. Derzeit machen die betroffenen Fischer vor allem über die Masse im Rahmen ihrer Quote Einnahmen und verkaufen auch kleinere Fische.